



«Die Schüler*innen sind die wahren Expert*innen ihres Lebens»



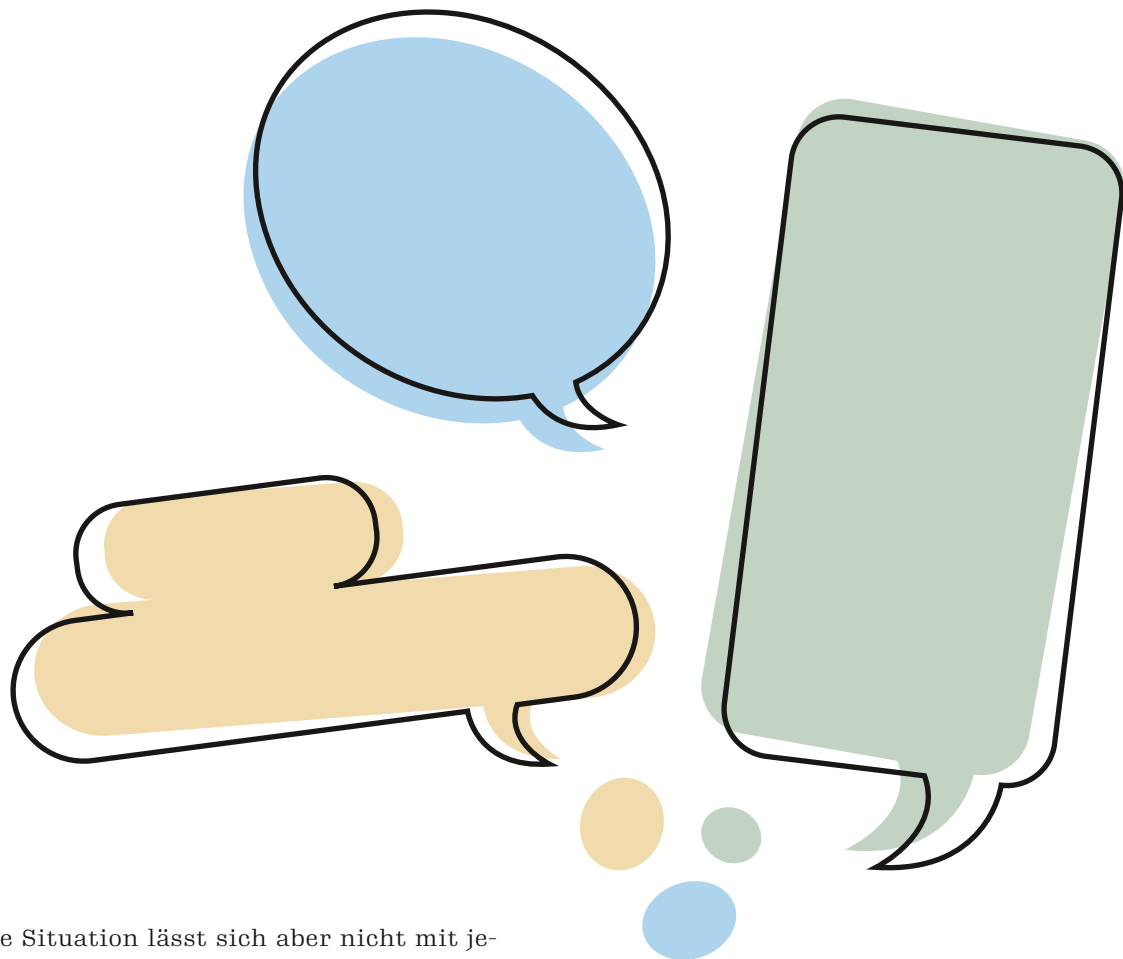
Partizipation hat sich in der Schweiz zu einem allgegenwärtigen Leitbegriff entwickelt. Doch sind Mitsprache und Mitgestaltung für die Schüler*innen wirklich so wichtig, wie immer behauptet wird? Und was braucht es, damit beides im Unterricht Platz findet? Der folgende Bericht zeigt, dass Partizipation eigentlich alternativlos ist, die Umsetzung aber gerade für die Lehrpersonen eine grosse Herausforderung darstellt. Denn die Kinder und Jugendlichen benötigen zwar weiterhin Grenzen, noch viel dringender aber Flexibilität bei der Unterrichtsplanung.

Text: Sebastian Weber

Seit Jahren wird im Bildungswesen darüber diskutiert, wo und wie Schüler*innen mehr Verantwortung übernehmen und den Schulalltag aktiv mitgestalten können. Nicht zuletzt der neue Lehrplan hat uns daran erinnert, dass Lernen mehr sein sollte als reiner Wissenserwerb. Doch ist Partizipation für die Kinder und Jugendlichen überhaupt so wichtig? Schon ein Blick auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollte reichen, um diese Frage klar zu bejahen. So ist Partizipation ein wichtiger Bestandteil der UN-Kinderrechtskonvention, die 1997 von der Schweiz ratifiziert worden ist. Diese sieht vor, dass das Recht auf Partizipation in sämtlichen Bereichen, auch im Bildungswesen, umgesetzt wird. Alle Kinder sollen ermächtigt werden, sich aktiv am Schulleben beteiligen zu können. Partizipation ist zudem in vielen kantonalen Schulgesetzen verankert und ein wichtiger Baustein der Kompetenzen im Lehrplan 21.

Die Schulen in der Schweiz sind also verpflichtet, ihre Schüler*innen partizipieren zu lassen. «Doch nicht alle Schulen sind damit gleich weit», sagt Thomas Kirchschräger von der Pädagogischen Hochschule (PH) Luzern. Einige von ihnen würden Mitsprache und Mitgestaltung schon sehr stark vorleben. In anderen Schulen hingegen sei Partizipation noch weniger breit abgestützt, so Kirchschräger, der als Berater Schulen bei ihren Partizipationsvorhaben begleitet. Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbands Lehrerinnen und Lehrer Schweiz, erkennt ebenfalls Unterschiede zwischen den Schulen, sowie zwischen den einzelnen Kantonen und Schulstufen. Weil es aber viele verschiedene Formen der Partizipation gebe, sei dies ein Stück weit nachvollziehbar, findet sie. «Die verschiedenen Kantone und Schulen lassen sich wegen des föderalistischen Systems nicht immer leicht vergleichen.»

Gemäss einer UNICEF-Studie von 2021, die über 1700 Kinder und Jugendliche von neun bis siebzehn Jahren aus allen Sprachregionen der Schweiz und aus Liechtenstein befragt hat, haben zwei von drei Kindern ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten im schulischen Alltag als stark eingeschränkt empfunden. «Die Entwicklung bewegt sich schleppend», kommentiert Thomas Kirchschräger das Ergebnis. Partizipation an allen Schulen zu etablieren, sei immer noch eine grosse Herausforderung. Er führt diese darauf zurück, dass die Schule ein autonomer Bereich ist, wo eine solche Entwicklung stark davon abhängt, welche Haltung die einzelnen Lehrpersonen und Schulleiter*innen einnehmen würden. Auch Schulentwicklungsforscherin Enikő Zala-Mező von der PH Zürich beobachtet, dass der Unterricht an vielen Schulen weiterhin stark vordefiniert wird: «Die Schüler*innen können sich selten äussern und nur Kleinigkeiten mitentscheiden.»



Die heutige Situation lässt sich aber nicht mit jener vor 30 oder 40 Jahren vergleichen. «Es hat sich seither vieles zum Positiven entwickelt», bestätigt Zala-Mezö. Diesen Eindruck teilt auch Dagmar Rösler: «Ohne Partizipation kann das System Schule in der heutigen Zeit gar nicht mehr funktionieren.» Sie weiss, dass die Schulen heute bereits sehr viel unternehmen, um die Kinder und Jugendlichen dabei zu unterstützen, selbstständig zu werden. «Jede Schule besitzt heute zumindest einen gewissen Anteil an Partizipation, zum Beispiel in Form eines Klassenrats», sagt Rösler.

Es sei enorm wichtig, die Schüler*innen nach ihrer Meinung zu befragen, sagt Thomas Kirchschräger. «Denn schliesslich sind sie die wahren Expert*innen ihres Lebens.» Für ihn liegen die Vorzüge auf der Hand: Partizipation fördere nicht nur den schulischen Lernerfolg, sondern auch die psychische Gesundheit der Schüler*innen, also deren Resilienz, sowie ihre Sozialkompetenzen. «Auf diese Weise entsteht ein Grundvertrauen in die Gesellschaft», so Kirchschräger. Dies ist umso wichtiger, als die Eltern heute nicht mehr alle Entscheidungen über die Köpfe ihrer Kinder hinweg treffen können. «Die jungen Erwachsenen müssen daher befähigt werden, sich eigenständige Meinungen zu bilden», findet Enikö Zala-Mezö.

Wenn Partizipation an einer Schule richtig gelebt werde, dann seien die Schüler*innen anfänglich überrascht, wie viel Verantwortung sie übernehmen dürften, erzählt Thomas Kirchschräger. «Bald aber stellen sie fest, dass sie von diesen neuen Möglichkeiten enorm profitieren können.» Alle Lehrpersonen, die Partizipation in ihren Unterricht integrierten, würden mittlerweile darauf schwören, versichert er. Kirchschräger kennt Schulleiter*innen, die ihm bestätigen, dass insbesondere Kinder mit auffälligem Verhalten positiv auf soziale Eingebundenheit, Autonomie und ein Selbstwirksamkeitsgefüge reagieren. Enikö Zala-Mezö hat bei verschiedensten Forschungsprojekten beobachtet, wie partizipativer Unterricht zudem motivationsfördernd wirken kann: «Wenn die Schüler*innen mitbestimmen können, identifizieren sich deutlich stärker mit einem Projekt.» In solchen Fällen seien sie erkennbar kreativer gewesen und hätten ihre eigenen Ideen eingebracht, sagt sie.



Thomas Kirchschräger unterscheidet zwischen drei Ebenen von Partizipation. Auf der individuellen Ebene sollen die Schüler*innen als Individuen im Unterricht partizipieren, zum Beispiel durch die Wahl der Unterrichtsthemen, durch offene Lernformen wie einen Werkstattunterricht oder Gruppen- und Projektarbeiten. «Es ist sogar möglich, dass die Schüler*innen die Unterrichtseinheiten selbst gestalten», so Kirchschräger. Auf der Klassenebene wiederum können sich die Kinder und Jugendlichen zum Beispiel in einem Klassenrat einbringen oder in einem Morgenkreis, der als partizipatives Ritual zum Start in den Tag dient. Auf der Schulebene organisieren sie sich zum Beispiel in einem Schüler*innenrat (s. Beitrag auf S. 9). Es können auch spezielle Gemeinschaftsanlässe stattfinden, welche die ganze Schule betreffen, wie etwa eine Klimakonferenz (s. Beitrag auf S. 8).

Dagmar Rösler als Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrerverbandes meint, dass ihre Kolleg*innen jeweils situativ entscheiden sollten, wie stark sie ihre Klasse partizipieren lassen. «Es sollte altersabhängig sein.» Man könne nicht von Zweitklässlern erwarten, dass sie ein Projekt ganz allein realisieren würden, so Rösler. Diese Kompetenzen müssten gut aufgebaut werden, indem man im Kleinen beginnt und die Beteiligung mit der Zeit immer weiter steigert. Kirchschräger wiederum betont, wie wichtig es sei, dass die Schüler*innen früh mit Partizipation in Berührung kommen, bereits in der KITA und im Kindergarten. «Auch dort gibt es viele Entscheidungen, welche sie mittreffen können», sagt er. Natürlich dürfe man die Kinder dabei nicht überfordern.

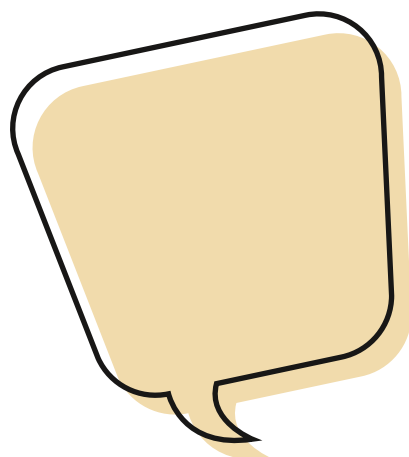
Formalisierte Gefässe wie einen Klassenrat hält Enikö Zala-Mezö zwar für hilfreich, findet es aber bedenklich, wenn an einigen Schulen lediglich ein politisches Vertretungssystem kopiert wird. Es sei nicht jugendlichen- oder kindergerecht, wenn die Schüler*innen einen Antrag schreiben und anschliessend drei bis vier Wochen warten müssten, bis dieser von der Lehrperson oder der Schulleitung bearbeitet worden sei. Auf diese Weise könne partizipativer Unterricht gar abschreckend wirken. Sie plädiert deshalb dafür, dass die Lehrpersonen lustvolle Elemente integrieren, damit es den Schüler*innen auch Spass macht, zu partizipieren. Enikö Zala-Mezö ist zudem überzeugt, dass eine Stunde Klassenrat pro Woche hierfür nicht ausreicht. «Es muss in allen Fächern Partizipation stattfinden, nicht nur während einer Lektion.»

Es hängt von vielen Faktoren ab, ob Partizipation an den Schulen gelingen kann, idealerweise nicht nur vom Engagement einzelner Personen. So gebe es viele Schulen, die Partizipation ganzheitlich, etwa in Form von Programmen oder Weiterbildungen etablieren und vertiefen würden, sagt Dagmar Rösler. Um die Schüler*innen partizipativ zu unterrichten, brauche es neben genügend Schulraum eine Schulleitung, die diese Bestrebungen mittrage und unterstütze. Zudem sei eine positive Fehlerkultur wichtig: «Die Lehrer*innen müssen die Gewissheit haben, dass sie etwas ausprobieren und Fehler als Lernchance ansehen dürfen», findet Rösler.

Ohne mutige Lehrpersonen geht es also nicht. Die Anforderungen, die an sie gestellt werden, sind indes hoch und umfassen etwa fachliche, methodische und organisatorische Kompetenzen. Um Mitsprache zu ermöglichen, müssten die Lehrpersonen ihren Schüler*innen aber vor allem viel Vertrauen entgegenbringen können, sagt Thomas Kirchschräger. «Sie müssen deren Anliegen mit der nötigen Ernsthaftigkeit behandeln.» Sie sollten sich für ihr Gegenüber und dessen Anliegen interessieren und darauf eingehen. Erst dann könne eine pädagogische Beziehung auf Augenhöhe entstehen. Natürlich müssten den Schüler*innen weiterhin Grenzen gesetzt werden, stellt er fest. Diese müssten aber transparent begründet werden.

«Wenn die Schüler*innen den Eindruck erhalten, dass ihre Beteiligung keine Konsequenzen hat, werden sie sich irgendwann nicht mehr einbringen», meint Enikö Zala-Mezö. Das bedeute nicht, dass alle Ideen letztlich umgesetzt werden müssten. «Sie möchten aber erkennen, dass sich jemand darüber Gedanken macht.» Zala-Mezö erzählt von einem Projekt der PH Zürich, bei dem alle Jugendlichen einer Schule befragt worden sind, welches Umfeld sie benötigen würden, um gut lernen zu können. Die Befragten haben den Wunsch geäußert, eigene Räume gestalten zu dürfen. «Woraufhin die Schulleitung erklärt hat, dass hierfür nicht genügend Platz vorhanden ist», erzählt sie. Erst im gemeinsamen Diskurs sei eine Lösung gefunden worden, indem die bestehenden Klassenzimmer nach den Wünschen der Schüler*innen umgestaltet worden sind.

Bedeutsame Partizipation, sagt Kirchschräger, komme erst dann zustande, wenn die Schüler*innen die Entscheidungsmacht hätten. So finde noch keine Mitbestimmung statt, nur weil die Lehrperson mit ihrer Klasse zum Beispiel in den Wald gehe. Dies sei erst der Fall, wenn die Schüler*innen in die Planung der Exkursion involviert seien, also etwa für den Proviant verantwortlich sind und mitbestimmen dürfen, ob man nun in den Wald oder an den See geht. Die Expert*innen fordern deshalb, dem Thema mit einer gewissen Grundoffenheit und Flexibilität zu begegnen. «Wenn die Lehrperson den Unterricht komplett durchgeplant hat, kann sie nicht spontan auf die Anliegen der Schüler*innen reagieren», sagt Enikö Zala-Mezö. Sie würde es sich daher wünschen, dass manche Lehrer*innen eine noch grössere Bereitschaft entwickeln, mit Unsicherheiten umzugehen. «Es kann nicht immer alles wie geplant laufen.» Weshalb es auch eine gewisse Gelassenheit benötige. «Einen guten Mittelweg zu finden, das ist die grosse Kunst.»



Eine Klimakonferenz als Beispiel für politische Partizipation

Die Schulen in der Schweiz sind gesetzlich dazu verpflichtet, ihre Schüler*innen partizipieren zu lassen. Idealerweise streben auch die Schüler*innen selbst Partizipation an. Im Folgenden wird ein solcher Fall an den Kantonsschulen Rämibühl beschrieben. Es handelt sich dabei um vier Gymnasien mit rund 2500 Schüler*innen.

Dort waren es im Frühling 2019 politisch engagierte Jugendliche, die im Zuge der Fridays-for-Future-Bewegung bei den Schulleitungen eine Klimapetition einreichten. Darin forderten sie das Realgymnasium, das Literargymnasium, das Mathematisch-Naturwissenschaftliche Gymnasium sowie das Kunst- und Sportgymnasium auf, alles zu unternehmen, um die Pariser Klimaziele zu erreichen. Konkrete Massnahmen konnten die Schulleitungen zwar keine versprechen. «Sie stellten aber fest, dass sie alles unternehmen werden, was in ihrem Kompetenzbereich liegt», erinnert sich der Geschichtslehrer Sebastian Egli, welcher die Ereignisse an seiner Schule damals miterlebt hat.

Im Frühjahr 2019 entstand zudem eine Klimakonferenz. Diese bestand aus verschiedenen Arbeitsgruppen, die sich aus Schüler*innen und Lehrpersonen zusammensetzten. «In diesen Gruppen wurde rege diskutiert, wie die Schulen auf den Klimawandel reagieren können», sagt Sebastian Egli. Er gehört zusammen mit zwei anderen Lehrpersonen der Koordinationsstelle Klimakonferenz an, welche als Reaktion auf die Klimapetition gegründet wurde. Die Koordinationsstelle betreut Projekte von Schüler*innen der drei beteiligten Schulen und hat den Auftrag, den Klimawandel im Schulalltag zu thematisieren.



Kleiderbörse



Solarfahrzeug an der Klimakonferenz

Dabei werde stets darauf geachtet, dass die entsprechenden politischen Debatten kontrovers behandelt werden, sagt Sebastian Egli. Er erzählt, dass die Bereitschaft der Schüler*innen, sich zu engagieren, in der Anfangsphase riesig gewesen sei. «Es wollten immer mehr Jugendliche mitreden und ihre Ideen einbringen.» Auf dem Höhepunkt der Entwicklung seien jeweils zwischen 100 bis 200 Schüler*innen beteiligt gewesen.

Entstanden sind daraus verschiedenste Projekte wie etwa Ausstellungen, Gastreferate, Politpodien oder Projektwochen zu Themen wie beispielsweise Stadtbegrünung oder Kreislaufwirtschaft. An einem der Gymnasien wurde eine sogenannte Fokuswoche etabliert, die immer noch einmal im Jahr stattfindet und jeweils unterschiedliche Aspekte des Klimawandels beleuchtet. Als grösste Veranstaltungen wurden 2023 ein Klimafestival und 2024 eine Klima-Challenge organisiert, an denen die gesamte Schülerschaft beteiligt war.

Seit 2022, so erzählt Sebastian Egli, habe das Interesse am Klimawandel unter den Jugendlichen stetig abgenommen, so wie in der restlichen Gesellschaft auch. Mittlerweile würden sich durchschnittlich noch rund zehn Jugendliche regelmässig in den Arbeitsgruppen engagieren, sagt er. An den einzelnen Veranstaltungen wie etwa der Kleiderbörse seien es immer noch 20 bis 30. «Es gibt weiterhin Schüler*innen, die das Thema beschäftigt.»

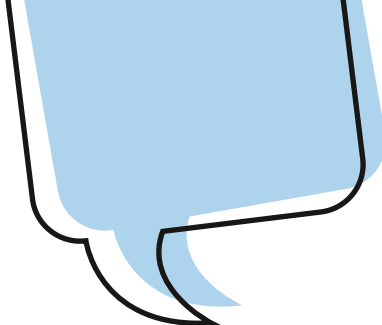
Sebastian Egli zieht grundsätzlich ein positives Fazit: Der Klimakonferenz sei es gelungen, dass die Thematik des Klimawandels nicht im Schulalltag untergehe und von den Lehrpersonen auch vermehrt im regulären Unterricht aufgegriffen werde.



Ein Schüler*innenrat als Beispiel für formelle Partizipation

Partizipation wird auch am Gymnasium Kirschgarten in Basel mit seinen knapp 600 Schüler*innen grossgeschrieben. Sie ist dort sogar im Leitbild festgehalten: «Wir bereiten die Schülerinnen und Schüler auf Teilhabe und Handlungsfähigkeit in einer komplexen Welt vor.» Der Schüler*innenrat des Gymnasiums, der auch bei der Erarbeitung des Leitbilds beteiligt gewesen ist, hat sich immer wieder als besonders aktiv hervorgetan. So sind auf Initiative der Ratsmitglieder zum Beispiel genderneutrale Toiletten eingerichtet und die gendergerechte Anschrift «Schüler*innen» eingeführt worden. Zudem ist ein Abfallcontainer aufgestellt worden, da sich die Schülerschaft am Littering auf dem Schulareal gestört hat. Einige Schüler*innen haben zudem die Pflege des Schulgartens übernommen.

Der Schüler*innenrat am Gymnasium Kirschgarten wird aus dem Schülerparlament herausgewählt, in dem je zwei Schüler*innen von jeder der insgesamt 23 Klassen Einsitz nehmen. Dem Rat gehören jeweils vier bis sechs Personen an, welche verschiedene Funktionen übernehmen und sich drei bis vier Mal im Jahr austauschen.



Als Ratsmitglied habe man einerseits das Recht sich einzubringen, andererseits aber auch die Pflicht die Sitzungstermine wahrzunehmen und die Meinungen der restlichen Schülerschaft einzuholen, sagt Rektorin Anja Renold. Je mehr sich die einzelnen Ratsmitglieder engagieren würden, desto aktiver sei der jeweilige Schüler*innenrat. Sie erinnert sich, dass es vor rund vier Jahren dank dem Engagement motivierter Personen einen besonders aktiven Rat gegeben hat. Sobald diese «Zugpferde» wegfallen würden, sei es jeweils eine Herausforderung, dass jüngere Personen in deren Fussstapfen treten, sagt Renold. Die Schule übernimmt dann eine koordinierende Funktion und legt Sitzungstermine fest. Es würden sich aber immer Personen finden, die bereit seien, sich zu engagieren.

Renold ist es wichtig, dass an ihrem Gymnasium Partizipation in unterschiedlicher Form ermöglicht wird. «Denn die Schule ist für die jungen Menschen nicht nur ein Ausbildungsort, sondern auch ein Lebensraum», so Renold. Es sei daher wichtig, dass die Schüler*innen mitreden, mitbestimmen und sich vernetzen könnten. «Sie sollen merken, dass wir sie ernst nehmen»

